der Bestimmungen die Bürgschaft für den Umsiedlerkredit in unzulässiger Höhe übernahm, über den Inhalt ihrer Bürgschaftserklärung im Irrtum befunden. Irrtümlich hat sie angenommen, daß sich die Bürgschaft auf einen den Bestimmungen entsprechenden Umsiedlerkredit bezog und daß sie nur in diesem Umfange Verpflichtungen übernahm. Bei dieser Sachlage war sie berechtigt, ihre Bürgschaftserklärungen gemäß § 119 BGB mit der Folge anzufechten, daß die Bürgschaftsverpflichtung, soweit sie den zulässigen Betrag von 5000 DM mit Zinsen überschreitet, hinfällig wurde. Die fristgemäße Anfechtung lag darin, daß die Beklagte ausweislich ihrer Handakten der Klägerin in Beantwortung des Schreibens derselben vom 19. Oktober 1949, das die Inanspruchnahme der Beklagten aus der Bürgschaft zum Ausdruck brachte, gemäß Verfügung vom 25. November 1949 Abschrift des Schreibens der Landesregierung an die Beklagte vom 11. November 1949 übersandt hat. Erst durch dieses Schreiben der Landesregierung Mecklenburg wurde die Beklagte darüber aufgeklärt, daß der Höchstkredit für den einzelnen Umsiedler nur 5000 DM betragen durfte.

Sonach ergibt sich der Schluß, daß die Beklagte aus der Bürgschaft nur in Höhe von 5000 DM nebst Zinsen verpflichtet ist. Sie hat den der Klägerin vom Landgericht im angefochtenen Urteil zugesprochenen Zinssatz von 3V2%O — unter Aufgabe ihres im Schriftsatz vom 14. August 1950 vertretenen Standpunktes — zuletzt nicht mehr bestritten.

§ 134 BGB.

Die Erklärung des Käufers beim Grundstückskauf, im Falle einer Geldumstellung einen entsprechenden Differenzbetrag zu zahlen, ist wegen Verstoßes gegen die Preisvorschriften nichtig.

KG, Beschl. vom 15. Januar 1952 — 2 W 151/51.

Aus den G r ü n d e n :

Die Kläger haben durch notariellen Kaufvertrag vom 21. Juni 1946 ihr Grundstück zum behördlich genehmigten Preise von 30 000 KM an den Beklagten verkauft und übereignet. Neben dem notariellen Kaufverträge ist von den Parteien am gleichen Tage ein privatschriftliches — nicht der Form des § 313 BGB entsprechendes — Zusatzabkommen getroffen worden, das auf den notariellen Kaufvertrag Bezug nimmt und unter Ziffer II folgende Bestimmung enthält: „Für den Fall, daß durch gesetzliche oder behördliche Bestimmungen eine Herabsetzung des Geldkurses eintritt, verpflichtet sich der Käufer, den Differenzbetrag, der sich auf Grund des Wertes des Kaufgrundstücks zwischen dem jetzigen Kaufpreis und dem neuen festgesetzten Kurse ergibt, nach Treu und Glauben auf Grund der Wertbeständigkeit des Grundstücks an die Verkäufer zu vergüten.“

Die sich aus dem notariellen Kaufverträge ergebenden Verpflichtungen hat der Beklagte erfüllt, indem er bis zur Währungsreform 23 000,— RM und danach weitere 7 000,— DM an die Kläger gezahlt hat. Mit der Klage verlangen die Kläger vom Beklagten unter Berufung auf das Zusatzabkommen eine Ausgleichszahlung von 19 200,— DM.

Diesen Betrag errechnen die Kläger wie folgt:

Die vor der Währungsreform erhaltenen	
23 000,— RM bringen sie dem Beklagten	
gut mit.....	2 300,— DM,
ferner die Zahlung nach der Währungs-	
reform im Betrage von.....	7 000,— DM,
sie machen nicht geltend einen Forde-	
rungsteil von	<u>1 500,— DM</u>
	zusammen 10 800,— DM.

Ihrer Ansicht nach hat der Beklagte noch 30 000,— DM — 10 800,— DM = 19 200,— DM zu zahlen.

Mit dem angefochtenen Beschluß hat das Landgericht den Klägern die zur Durchführung dieses Rechtsstreits beantragte einstweilige Kostenbefreiung versagt.

Der von den Klägern hiergegen gemäß § 127 ZPO eingelegten Beschwerde war der Erfolg zu versagen, da die von den Klägern beabsichtigte Rechtsverfolgung keine hinreichende Aussicht auf Erfolg verspricht (§ 114 ZPO).

Der behördlich genehmigte Preis des am 21. Juni 1946 verkauften Grundstücks einschließlich des Inventars betrug unstreitig 30 000,— RM. Diesen gesamten Kaufpreis hat aber der Beklagte gezahlt und seine Verpflichtung

voll erfüllt, indem er 23 000,— RM angezahlt und nach der Währungsreform 7 000,— DM gezahlt hat. Die Zahlungen sind also in der jeweils gültigen gesetzlichen Währung erfolgt. Die Anerkennung des Klageanspruchs in irgendeiner Höhe käme auf eine Erhöhung des Kaufpreises hinaus, welche einen Verstoß gegen die Preisvorschriften darstellen würde. Die in dem Zusatzabkommen vom 21. Juni 1946 unter Ziffer II getroffene Vereinbarung ist daher gemäß § 134 BGB nichtig und kann somit keine Grundlage für den Klageanspruch bilden; der Wert des Grundstücks ist vor und nach der Währungsreform derselbe geblieben und der Kaufpreis ist voll bezahlt. Bezeichnend ist, daß das Zusatzabkommen trotz gleichen Datums mit dem notariellen Kaufverträge nicht in diesen aufgenommen, sondern in einer besonderen privatschriftlichen Urkunde getroffen und von den Parteien selbst offenbar als bedenklich angesehen worden ist.

Über die Voraussetzungen, unter denen ein Mietvertrag über Räume und Möbel als einheitlicher Vertrag anzusehen ist.

LG Magdeburg, Urt. vom 8. Februar 1951 — IS 337/50.

Der Kläger ist Testamentsvollstrecker über den Nachlaß des A. Im August 1945 sind die Beklagten als Umsiedler mittels Quartierschein zunächst als Untermieter und am 12. Februar 1946 als Hauptmieter in möblierte Räume des Nachlaßgrundstücks eingewiesen worden. Laut Mietvertrag ist nach der ersten Einweisung für die Raummiete 35,— DM und für die Möbelmiete 20,— DM monatlich berechnet worden. Bei der Einweisung als Hauptmieter wurde die Raummiete ebenfalls auf 35,— DM monatlich festgesetzt. Seit dem 1. Oktober 1949 haben die Beklagten die Zahlung von 20,— DM monatlicher Möbelmiete verweigert. Mit Schreiben vom 6. Februar 1950 haben die Beklagten den Mietvertrag hinsichtlich des mitvermieteten Mobiliars zum 1. März 1950 gekündigt.

Der Kläger stellt den Antrag, die Beklagten als Gesamtschuldner zu verurteilen, an den Kläger sofort 40,— DM nebst 4% Zinsen von 20,— DM ab 1. Oktober 1949 und von 20,— DM ab 1. November 1949, ferner ab 1. Dezember 1949 weitere 20,— DM zu zahlen.

Das AG Magdeburg hat die Beklagten nach dem Klageantrag verurteilt.

Gegen dieses Urteil haben die Beklagten Berufung eingelegt.

Sie tragen vor, als Umsiedler in die Deutsche Demokratische Republik gekommen zu sein und mit dem Wohnungsinhaber auch bezüglich der Möbel und sonstigen Einrichtungsgegenstände eine Vereinbarung getroffen zu haben, da sie ohne Wohnung und Möbel gewesen seien. Sie seien aber nunmehr bestrebt, eigene Möbel und weiteren Hausrat anzuschaffen; infolgedessen könne die Überlassung der Möbel nur solange Gültigkeit haben, als sie selbst nicht in der Lage seien, Sachen anzuschaffen. Man könne sie deshalb jetzt nicht von seiten des Klägers zwingen, die Möbel zu benutzen und Miete hierfür zu bezahlen. Da sie den Mietvertrag hinsichtlich der Möbel gekündigt hätten, seien sie nicht verpflichtet, die geforderte Miete hierfür zu zahlen.

Aus den G r ü n d e n :

Der Berufung war der Erfolg nicht zu versagen.

Im vorliegenden Rechtsstreit kommt es darauf an, ob das zwischen den Parteien bestehende Vertragsverhältnis hinsichtlich der Raum- und der Möbelmiete als ein einheitliches anzusehen ist oder ob zwei selbständige, voneinander unabhängige Mietverträge vorliegen.

Der Erstrichter hat das bestehende Mietverhältnis zwischen den Parteien als ein einheitliches angesehen. Das entspricht jedoch nicht dem Inhalt und dem Zweck der zwischen den Parteien abgeschlossenen Verträge.

Nach allgemein anerkannter Rechtsprechung ist ein einheitlicher Vertrag dann anzunehmen, wenn es sich bei den Parteivereinbarungen um eine Haupt- und Nebenleistung handelt. Erscheint den Parteien bei Abschluß eines Vertrages der wirtschaftliche Zweck bei einer Nebenleistung als der wichtigere, so ist diese Nebenleistung als wesentlicher Bestandteil anzusehen, zumal, wenn diese Nebenleistung nur im Zusammenhang mit der Hauptleistung für den Gläubiger nutzbringend ist oder dem Schuldner zugemutet werden